Gegründet 1877 — Gegründet 1877

Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen"

Nationales Nachrichten- und Anzeigenblatt für die Oberamtsbezirke Nagold, Calw, Freudenstadt und Neuenbürg

Anzeigenpreis: Die 1spalt. Millimeterzeile oder deren Raum 8 ₰, Reklame 15 ₰. Für telefon. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei gerichtl. Beitreib. od. Konkurs hinfällig wird. Erfüllungsort Altensteig. Gerichtsstand Nagold. | Bezugspr.: Monatl. d. Post ℳ 1.20 einschl. 18 ₰ Beförd.-Geb., zuz. 36 ₰ Zustellungsgeb.; d. Ag. ℳ 1.40 einschl. 28 ₰ Austrägergeb.; Einzeln. 10 ₰. Bei Nichterscheinen der Zeit. inf. höh. Gewalt od. Betriebsstör. besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitg. / Telegr.: „Tannenbl." / Tel. 321.

Nummer 261 | Altensteig, Donnerstag, den 8. November 1934 | 57. Jahrgang

Zum 9. November

Von Dr. Wilhelm Frick, Reichsleiter der NSDAP.

NSK. Das Jahr 1923 war erfüllt mit unerhörten seelischen Spannungen im Leben des deutschen Volkes. Gleich zu Beginn dieses Schicksalsjahres besetzten die Franzosen das Ruhrgebiet. In ungeahnter Geschwindigkeit setzte die Inflation ein und vernichtete nicht nur den Rest aller Ersparnisse des ganzen Volkes, sondern brachte auch die Sicherheit jedes einzelnen ins Schwanken. Der Nahrungsmittelnot des Krieges folgte die Zeit der Geldnot, die mit ihrem rasenden Tempo die letzten Reste der Ordnung auflöste. Eine Verzweiflungsstimmung hatte die Massen des Volkes ergriffen und trieb sie auf die Straße zum offenen Bürgerkrieg: Ganz Deutschland schien das Opfer innerer Zersetzung zu werden.

Dieses Jahr war die Zeit, in der sich die separatistischen Bewegungen an allen Ecken und Enden regten, in der der Kommunismus ebenso wie die partikularistischen Kräfte ihre Zeit für gekommen hielten. In diesem Jahr wuchs aber auch die nationalsozialistische Bewegung Adolf Hitlers in München und Bayern zu einer großen Macht heran.

Der Führer sah sich einer Lage gegenüber, die ihn zu einer entscheidenden Tat herausforderte. Die Not der Massen, denen keine Hoffnung auf friedliche Lösung ihres Elends mehr möglich schien, die neu aufflackernden marxistischen Revolten, der leidenschaftliche Wille des Widerstandes gegen nationale Schmach und Wirtschaftsnot im eigenen Lager — sie alle drängten zur Entscheidung.

Im Hintergrund lauerten Kräfte in Bayern, die die Not des Reiches für ihre alten Pläne auszunutzen gedachten. Die Mainlinie begann ein politischer Begriff erster Ordnung zu werden. Der Süden sollte vom Norden getrennt, das Reich zersprengt werden. Monarchistische Plänemacher und Ränkeschmiede machten sich breit und brüsteten sich offen und schamlos der Gunst aller Feinde des Reiches. Im Frühherbst 1923 schien Bayern am Rande einer monarchistischen Restauration zu stehen. Jeder Tag konnte Entscheidungen bringen, die die endgültige Zertrümmerung des Reiches bedeuteten.

In diesen Tagen entschloß sich der Führer, die reichsfeindlichen Pläne zu verhindern, indem er sich selbst und seine Bewegung in die Bresche warf. So kam es zu den Ereignissen vom 8. und 9. November 1923 in München, die zwar mit der blutigen Niederschlagung der Bewegung und der Einkerkerung des Führers und seiner Getreuen endeten, die aber doch schließlich zum Sieg führen sollten.

Zum zweitenmal in der deutschen Geschichte war ein 9. November zum Tag tiefster nationaler Erniedrigung geworden. Dem 9. November 1918, an dem Landesverräter und Meuterer alle Opfer und Siege der deutschen Heere des Weltkrieges schmählich zunichte machten, folgte fünf Jahre später der zweite 9. November, an dem Deutsche gegen Deutsche am Odeonsplatz in München einander gegenüberstanden, und die Freiheitsbewegung Adolf Hitlers blutig niedergeworfen wurde.

Wenn wir uns heute dieser düsteren Tage im Leben der Nation erinnern, dürfen wir mit aufrechtem Stolz bekennen, daß gerade die Schmach dieser Ereignisse es war, die den deutschen Menschen nicht rasten und ruhen ließ, das Schicksal der deutschen Nation zu wenden.

So sind die Blutopfer, die in den grauen Novembertagen nutzlos gebracht schienen, doch nicht sinnlos geblieben. Aus dem Opfer der Helden des Weltkrieges und der Toten vom Odeonsplatz entstieg der Nation die reinigende Kraft zur Befreiung. Hier liegen die Wurzeln der großen Bewegung, die die Schande der Vergangenheit hinwegwischte und aus einem Volk, das zum Untergang reif, aus einem Staat, der bis in die Grundfesten zermürbt und krank schien, eine Nation und ein Reich der Sauberkeit und der Ehre schuf.

Das Vermächtnis der Gefallenen des Weltkrieges und der Toten am 9. November ist erfüllt. Das Reich ist wieder ein Staat der Deutschen. Die Inschrift der Gedenktafel in der Feldherrnhalle zu München trägt mit Recht die stolzen Worte:

„Und Ihr habt doch gesiegt!"

München rüstet für die Feier des 9. November

München, 7. Nov. Die NSDAP. schickt sich an, den Tag der Wiederkehr des großen Schicksalstages am 9. November 1923 würdig zu begehen. An den Orten, an denen sich seinerzeit die Ereignisse abspielten, sind tausend fleißige Hände bemüht, eine würdige äußere Gestaltung der Gedenkstunde vorzubereiten. Der Saal des Bürgerbräukellers ist einfach und würdig geschmückt. An der Feldherrnhalle und dem davor liegenden Odeonsplatz beherrscht im Gedenken an die hier Gefallenen die schwarze Farbe das Bild. Der Platz wird am Donnerstag abend Zeuge des Generalappells der gesamten Münchener SA. und Freitag nacht der Vereidigung der Leibstandarte „Adolf Hitler".

Reinhardt über das neue Steuerrecht

Berlin, 7. Nov. Der Steuerausschuß des Deutschen Industrie- und Handelstages trat am Dienstag zu einer Sitzung zusammen. Hierbei ergriff der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium Reinhardt das Wort zu einer richtungweisenden Einführung in die Gedankengänge, auf denen die neuen Steuergesetze beruhen. Es ist trotz fortgesetzter erfreulicher Erhöhung des Steueraufkommens nach wie vor äußerste Sparsamkeit auf allen Gebieten der öffentlichen Ausgabenwirtschaft erforderlich, wenn der Weg zur Gesundung der öffentlichen Finanzen fortgesetzt werden soll. Jede Mehrausgabe, die nicht zur Wahrung der allgemeinen Interessen des Volksganzen unerläßlich ist, muß unbedingt unterbleiben. Solange die schwebenden Schulden vorhanden sind, kommen allgemeine Steuersenkungen oder Steuerbeseitigungen nur insoweit in Betracht, als anzunehmen ist, daß der Steuerausfall durch die Wirtschaftsbelebung ausgeglichen wird, die sich aus den steuerpolitischen Maßnahmen ergibt.

Die Steuerreform von Oktober 1934 soll der Verminderung der Arbeitslosigkeit, der Steuervereinfachung, bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten und besserer Klarheit der Steuergesetze dienen.

Im Sinne der Verminderung der Arbeitslosigkeit liegt vornehmlich die Steuerfreiheit für Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens. Während diese Neuerung ein dauernder Bestandteil des Einkommensteuerrechtes ist, ist die Wirksamkeit der für sogenannte langlebige Anlagegüter nach wie vor wichtigen Vorschriften über Steuerfreiheit für Ersatzbeschaffungen begrenzt. Der Staatssekretär empfiehlt allen Unternehmern, Aufträge auf langlebige Ersatzgegenstände so bald als möglich zu vergeben, da die Frist der Steuerfreiheit für Ersatzbeschaffung Ende 1934 abläuft.

Die zweite Maßnahme im Kampf um die Verminderung der Arbeitslosigkeit ist die einheitliche Festsetzung der Umsatzsteuer für den Binnengroßhandel auf 0,5 v. H. Sie bedeutet eine Senkung des Umsatzsteueraufkommens um 90 Millionen. Der Staatssekretär erwartet, daß der Großhandel bei Vorbereitung des Gesetzes wiederholt abgegebenen Versprechen gemäß, nunmehr vermehrte Aufträge an die Industrie zur Lagerausstellung erteilt.

Der Staatssekretär wandte sich nunmehr denjenigen Bestimmungen der Steuerreform zu, die zum erstenmal als völlig neue Grundlage das wirtschaftspolitisch-bevölkerungspolitische Denken in das Steuerwesen einführen. Die Kaufkraft der kinderreichen Familien soll erhöht werden. Gleichzeitig wird hierdurch eine Steuervereinfachung herbeigeführt, da viele Steuerpflichtige von einzelnen Steuerarten ganz frei werden. Staatssekretär Reinhardt gab eingehende Vergleiche der alten und der neuen Belastung an Hand praktischer Beispiele, aus denen hervorgeht, daß bei Lohnsteuerpflichtigen, die nicht veranlagt sind, fast durchweg eine Entlastung eintritt. Die Veranlagten erfahren in der großen Mehrzahl der Fälle ebenfalls eine Verbesserung.

Die Steuerreform vom 16. Oktober 1934 ist mit Ausnahme des Tarifs der Einkommensteuer und der Bürgersteuer für die Dauer bestimmt. Das soeben verabschiedete Steuergesetzgebungswerk stellt den Anfang auf dem Wege zur Neugestaltung des deutschen Steuerwesens dar. 1935 werden die Grundsteuer und die Gewerbesteuer neugestaltet, sowie ein neues Steuerverwaltungsgesetz erlassen werden.

Das Saargebiet ist ohne Aufträge

Die Besprechungen in Rom — Frankreich gewährt keine Kredite mehr

Berlin, 7. November. Zur Zeit berät in Rom der Dreierausschuß des Völkerbundes für die Saarfrage. Gauleiter Bürckel, der Saarbevollmächtigte der Reichsregierung, Geheimrat Voigt, der Leiter der Saarabteilung des Auswärtigen Amtes, und Hermann Röchling haben dabei die Aufgabe, die Auffassung und die Interessen des Reiches zu vertreten.

Dabei verdient beachtet zu werden, daß Röchling sich nicht an der Besprechung der politischen Frage beteiligt, sondern nur deshalb zu den Besprechungen nach Rom gefahren ist, um dort die wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Saargebiet zu schildern und sich für ihre Abhilfe einzusetzen. Wir haben hier schon bei früherer Gelegenheit davon gesprochen, daß, je näher der Termin der Abstimmung rückt, diese Schwierigkeiten sich mehren.

Es werden keine Aufträge mehr vergeben. Die französischen Banken gewähren keine Kredite mehr und geben keine Wechsel mehr aus. Dadurch ist in vielen Wirtschaftszweigen eine geradezu bedrohliche Lage entstanden.

An sich wäre es natürlich die Pflicht des Präsidenten der Regierungskommission, Knox, dafür zu sorgen, daß diese wirtschaftlichen Mißhelligkeiten der Uebergangszeit beseitigt werden. Herr Knox ist ja bekanntlich durch den Völkerbund als Treuhänder der Saarbevölkerung bestimmt worden. Der Präsident scheint indes andere Sorgen zu haben. Jedenfalls hat er sich um diese Dinge bisher nicht gekümmert.

Von französischer Seite wird in Rom versucht, schon jetzt die einzelnen technischen Fragen zu behandeln, die sich nach der Saarabstimmung ergeben werden. Frankreich geht darauf aus, für gewisse Zugeständnisse im Augenblick Zusicherungen für die Zukunft einzutauschen. Deutschland wird natürlich auf dieses Spiel nicht eingehen. Wir haben von vornherein die Auffassung vertreten und halten an ihr fest, daß die Saarabstimmung einzig und allein eine nationale Angelegenheit sei und nicht mit wirtschaftlichen Fragen verquickt werden könne. Für die augenblicklichen Uebergangsschwierigkeiten Abhilfe zu schaffen, ist eine Aufgabe für sich, die mit den Verhältnissen nach der Abstimmung vom 13. Januar nicht das mindeste zu tun hat.

•

Knox nach Rom abgereist

Saarbrücken, 7. Nov. Der Präsident der Regierungskommission Knox ist Dienstag abend zur Tagung des Dreierausschusses nach Rom abgereist.

Verschärfung der Lage in Paris

Doumergue macht keine Zugeständnisse — Eine Erklärung des Ministerpräsidenten

Paris, 8. November. Die radikalsozialistische Kammerfraktion beschloß in einer Sitzung am Mittwochabend, ihre am Dienstag gefaßte Entschließung unverändert aufrecht zu erhalten.

Der Abg. v. Delbos hat dem Ministerpräsidenten die Entschließung am Mittwochabend amtlich zur Kenntnis gebracht und ihm den Wunsch der Radikalsozialisten übermittelt, **er möge Zugeständnisse machen.** Wenn der Haushaltsplan bis zum 1. 1. nicht verabschiedet sein sollte, würden die Radikalsozialisten die Verpflichtung übernehmen, dann für die Haushaltszwölftel zu stimmen. **Doumergue hat diesen Vorschlag rundweg abgelehnt und erklärt, er müsse auf seinen Forderungen bestehen.** Der oben gemeldete Beschluß der Radikalsozialisten wurde darauf gefaßt, obwohl der Innenminister und der radikalsozialistische Abgeordnete Marchandeau in der Fraktionssitzung seine Kollegen dringend gebeten hatte, keine Regierungskrise heraufzubeschwören.

Unter diesen Umständen dürfte der Ausbruch der Regierungskrise im Ministerrat am Donnerstagvormittag erfolgen, wenn die radikalsozialistischen Minister die Aufforderung des Ministerpräsidenten, für den Antrag auf Bewilligung von drei Haushaltszwölfteln zu stimmen, mit ihrem Rücktritt beantworten.

Ministerpräsident Doumergue selbst erklärte am Mittwochabend Pressevertretern: Jetzt ist die Lage wenigstens klar. Die Verantwortung steht fest. Ich befinde mich jetzt in einer leichteren Stellung. Ich weiß, was ich tun will, und ich werde es tun. Ich werde morgen um 10 Uhr ebenso ruhig, wie ich jetzt bin, zum Ministerrat gehen. Wenn mich natürlich die Minister im Stich lassen, werde ich mich dem Parlament am Donnerstagnachmittag nicht vorstellen. Auf die Frage, ob der Ministerpräsident von allen ihm verfassungsmäßig zur Verfügung stehenden Mitteln Gebrauch machen wolle, antwortete Doumergue: Um die Auflösung zu beantragen, ist ein Kabinett notwendig. **Ich will keine Minderheitsregierung bilden; denn dann würde man mich „der Diktatur" beschuldigen.** Auf die weitere Frage, ob er nicht eine neue Rundfunkansprache halten wolle, antwortete Ministerpräsident Doumergue: „Man darf damit nicht Mißbrauch treiben. Ich werde meine Gründe in meinem Rücktrittsschreiben bekannt geben."

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Pariser Stimmen zur Unterredung Lavals mit dem deutschen Botschafter

Paris, 7. Nov. Die Unterredung wird von der Presse als ein hochbedeutsames Ereignis bezeichnet, das die deutsche und die französische Haltung in der Saarfrage klare und dazu beitragen könne, einen ruhigen Verlauf der Abstimmung zu gewährleisten.

Die Agentur Havas betont, daß die im Bericht enthaltenen Worte „sehr höflich" unterstrichen zu werden verdienten. Die Erklärungen des französischen Außenministers und des deutschen Botschafters könnten gar nicht plastisch genug hervorgehoben werden. Das „Petit Journal" spricht von einem entscheidenden Schritt zur Beruhigung. Der „Petit Parisien" unterstreicht, daß dies seit langem der erste unmittelbare deutsch-französische Meinungsaustausch über die heikle Saarfrage gewesen sei. Daran könne man die Bedeutung der Unterredung ermessen. Das Blatt bemüht sich dann aber doch, die versöhnliche Note der amtlichen Mitteilung in die alte französische Tendenz umzudeuten. Das „Echo de Paris" möchte hoffen, daß die Aufklärung, die Laval dem deutschen Botschafter gegeben habe, die deutsche „Pressekampagne" gegen die französische Politik beilegen werde. Die Pariser Regierung habe keine besonderen Absichten auf das Saargebiet.

•

Deutschland und die Unterredung

Berlin, 7. Nov. Das am Dienstag von Havas veröffentlichte Communiqué über die Unterredung zwischen dem deutschen Botschafter in Paris und dem französischen Außenminister Laval behandelt die Klärung der Lage, wie sie sich letzthin in der Saarfrage entwickelt hat. Es ist zwar erfreulich, daß Herr Laval entgegen den bisher gerade von der französischen Presse gebrachten Nachrichten, militärische Vorbereitungen zum Zweck eines französischen Einmarsches in das Saargebiet dementiert. Andererseits hat er dabei aber den Standpunkt aufrecht erhalten, daß Frankreich gegebenenfalls berechtigt und verpflichtet sei, durch Entsendung von Truppen für Ruhe und Ordnung zu sorgen. **Dieser Standpunkt ist für Deutschland selbstverständlich nicht annehmbar.** Der deutsche Botschafter in Paris hat bei der Unterhaltung hierauf hingewiesen und um Fortsetzung der Aussprache gebeten, weil, wie ihm bereits bekannt war, Weisungen an die Welt, sowie an die deutschen Missionen in London, Rom und Brüssel unterwegs sind, die den ausführlich begründeten Auftrag der Reichsregierung enthalten, **gegen die Verwendung französischer Truppen im Saargebiet Verwahrung einzulegen** und gegenüber den auf verschiedenen Seiten hervorgetretenen Tendenzen noch einmal ganz allgemein die deutsche Auffassung über die Behandlung der Saarprobleme zum Ausdruck zu bringen.

Flugzeug Königsberg-Berlin verunglückt

Berlin, 7. Nov. Am Dienstag abend ist das Flugzeug „D Noan" der Post- und Frachtstrecke Königsberg—Berlin verunglückt. Nach dem Ueberflug von Danzig muße das Flugzeug in der Nähe der Ortschaft Groß-Rakitt, etwa 20 Kilometer südwestlich Lauenburg, aus bisher nicht geklärter Ursache eine Außenlandung vornehmen. Hierbei kam die fünfköpfige Besatzung unter Führung des Flugkapitäns Erdumo Leben. Eine Untersuchungskommission hat sich sofort zum Unfallort begeben.

Aufruf zur deutschen olympischen Schulung

Berlin, 7. Nov. Der Reichsminister des Innern, Dr. Frick, der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Göbbels, und der Reichssportführer von Tschammer und Osten erlassen gemeinsam folgenden Aufruf:

Wir Deutschen haben uns lange Zeit damit begnügt, führend im Reiche des Geistes zu sein. Das Volk der Dichter und Denker, wie uns andere Nationen bezeichnet haben, hat es lange nicht vermocht, sich in der harten Wirklichkeit die realen Grundlagen seiner politischen Existenz zu schaffen. Das schwere Schicksal, das Deutschland traf, hat ein neues Geschlecht erzogen, das hart und unbeugsam den Tatsachen ins Auge sieht und sich nicht in einer Welt von Illusionen verliert. Der Bildung des Geistes ist die Erziehung des Körpers an die Seite getreten. Mit der Begeisterung eines jugendlichen Volkes haben wir den Gedanken des Sports aufgegriffen und uns zur ersten Reihe der sporttreibenden Nationen emporgekämpft. Im Jahre 1936 werden wir uns mit den Völkern der Erde messen und ihnen zeigen, welche Kräfte die Idee der deutschen Volksgemeinschaft auszulösen imstande ist. Deutschland hat nie kriegerischen Ehrgeiz besessen, sondern seinen Ruhm im friedlichen Ringen der Nationen gesucht. Für den Wettstreit der olympischen Spiele 1936 soll sich Deutschlands Jugend in den kommenden Monaten mit aller Kraft rüsten. Das kommende Jahr wird das Jahr der olympischen Schulung sein.

Eingliederung der 18jährigen Hitlerjungen in die Partei

NSK. 9. November 1934 — ein Jahrgang junger politischer Soldaten des Führers rückt in die Reihen der SA. und der Partei ein. Die 18jährigen Hitlerjungen, die seit einigen Jahren in der Hitlerjugend mit dem Wesen des Nationalsozialismus vertraut gemacht worden sind, werden am 9. November in einem feierlichen Akt in die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei überführt werden.

Die feierliche Ueberführung erfolgt im Anschluß an die Gedenkstunde für die gefallenen Freiheitskämpfer der Bewegung vor der Feldherrnhalle in München am 9. November um 12.30 Uhr. Die Uebernahmefeierlichkeiten in den einzelnen Orten werden durch den verantwortlichen HJ.-Führer für alle Hitlerjungen, HJ.-Führer und Jungvolkführer, die das 18. Lebensjahr vollendet, und für alle BdM.-Mädel und -Führerinnen, die das 21. Lebensjahr vollendet haben, zusammen mit der Leitung der PO. und der Führung der SA. nach vorheriger Vereinbarung durchgeführt.

Die örtlichen Feiern erfolgen im Rahmen der aus München kommenden Uebertragung. Ueberall hat die Hitlerjugend für eine würdevolle Umrahmung Sorge getragen. HJ., Jungvolk und BdM. marschieren zu dieser Feierstunde mit sämtlichen Fahnen und Wimpeln auf. In kurzen und knappen Reden werden die HJ.-Führer, die Führer der SA. und die Leiter der PO. auf den Sinn und die Bedeutung dieses Aktes der Ueberführung hinweisen.

Daß die Ueberführung der 18jährigen Hitlerjungen in die SA. in besonders feierlicher Form stattfindet, ist auch der ausdrückliche Wunsch des Stabschefs der SA., Lutze. Die in die SA. überführten Hitlerjungen werden von den zuständigen SA.-Führern übernommen und verpflichtet werden.

Zur Eingliederung der 18jährigen Hitlerjungen in die Partei ist noch zu bemerken, daß für eine Ueberführung nur die Kameraden in Frage kommen, die vor der Vollendung ihres 18. Lebensjahres ein halbes Jahr nachweislich der Hitlerjugend angehört haben. Ausgenommen von der Ueberführung in die SA. sind sämtliche Hitlerjungen, die in der Organisation der HJ. und des deutschen Jungvolks auch weiterhin als Führer Verwendung finden.

Der Führer Ehrenbürger von Goslar

Goslar, 7. Nov. Der Führer und Reichskanzler Adolf Hitler hat die ihm von der Stadt Goslar angetragene **Ehrenbürgerschaft angenommen** und dem Rat der Stadt folgendes Schreiben gesandt:

„Die Verleihung des Ehrenbürgerrechtes von Goslar erfüllt mich mit aufrichtiger Freude. Ich nehme die Ehrenbürgerschaft an und bitte, dem Stadtrat meinen ergebensten Dank, sowie meine besten Glückwünsche für das Blühen und Gedeihen von Goslar aussprechen zu dürfen."

Postwagen von Banditen ausgeraubt

Warschau, 7. Nov. Ein außerordentlich dreister Banditenüberfall in unmittelbarer Nähe der Hauptstadt erregt hier größtes Aufsehen. In der Nacht zum Mittwoch überfielen Banditen wenige Kilometer vor Warschau den Postwagen eines Personenzuges Posen—Warschau. Die überraschten Beamten wurden von den plötzlich während der Fahrt eindringenden Banditen mit Revolvern in Schach gehalten. Die Banditen warfen die eiserne Geldkassette aus dem Zuge, zogen die Notbremse und sprangen ab. Die Verfolgung durch die Bahnbeamten und die am Mittwoch früh angesetzten Polizeistreifen haben bisher nur zur Auffindung der erbrochenen Kassette geführt, die fast 40 000 Zloty enthalten hatte.

Europäische Politik in Rom

Gömbös bei Mussolini

Rom kommt in diesem Augenblick wieder einmal die Rolle einer Schlüsselstellung der europäischen Politik zu. Der ungarische Ministerpräsident Gömbös ist, mit hohen Ehren empfangen, in der ewigen Stadt eingetroffen, um mit Mussolini eine Reihe von Fragen, die sein Land betreffen, zu besprechen. Aber diese italienisch-ungarische Unterhaltung hat eine über die zwischenstaatlichen Themen hinausgehende Bedeutung durch den Zeitpunkt, in dem sie erfolgt, und durch die internationalen Vorgänge, die in sie hineinspielen und sie vielleicht sogar veranlaßt haben.

Das spezielle italienisch-ungarische Problem ist in der Hauptsache wirtschaftlich. Im Dreierpakt von Rom vom März 1933 ist zwar auch eine gewisse politische Verbindung zwischen Italien und den beiden Donauländern Ungarn und Oesterreich angeknüpft worden, von der namentlich Italien sich deshalb einiges verspricht, weil es damit seinen unmittelbaren Einfluß weit in den Donauraum verschieben konnte. Ungarn und zum Teil auch Oesterreich suchten in den römischen Vereinbarungen aber vor allem wirtschaftliche Entlastungen. Es wurden gewisse Präferenzabreden getroffen, die Ungarn die Unterbringung seines Weizenüberschusses, unter dem es zu ersticken drohte, in Italien sicherstellen sollen. Auch bezüglich des Handels mit Oesterreich erhoffte man vom Dreierpakt Erleichterungen. Nichts davon ist eingetroffen. In Budapest stellt man fest, daß sich seit dem Abschluß des römischen Abkommens die Handelsbeziehungen Ungarns zu Oesterreich und Italien geradezu katastrophal entwickelt haben und daß sich das bisherige Aktivum der ungarischen Handelsbilanz in ein recht beträchtliches Passivum verwandelte. Herr Gömbös wird, wie er es in Wien schon tat, auch in Rom seiner Enttäuschung über diesen Gang der Dinge Ausdruck geben und versuchen, zu retten, was noch zu retten ist.

Aber der Schwerpunkt der römischen Verhandlungen wird nicht bei diesen Fragen liegen. Ungarn hat ernste politische Sorgen, die sein Ministerpräsident Mussolini gegenüber zur Sprache bringen wird. Da sind zunächst die außerordentlich gespannten Beziehungen zu Jugoslawien, die sich als Folge des Marseiller Attentats so sehr verschärften. In Belgrad ist man überzeugt, daß den kroatischen Terroristen auf ungarischem Boden die Vorbereitung ihrer hochverräterischen Pläne ermöglicht worden sei. Drei Noten sollen in dieser Angelegenheit bereits an die Budapester Regierung gerichtet worden sein. Und nun ist in dem abschließenden Communiqué über das Ergebnis der Attentatsuntersuchungen ausgesprochen, daß Jugoslawien das, was es die internationalen Hintergründe der Mordtat nennt, aufgehellt sehen will und daß man unter Umständen „Sanktionen" verlangen wird. Diese offiziöse Ankündigung ist inzwischen durch eine unerhört scharfe Sprache der Belgrader Presse gegen Ungarn konkretisiert und unterstrichen worden, und es scheint, daß Jugoslawien den Fall auf der nächsten Sitzung des Völkerbundsrats im November zur Sprache bringen will.

Es braucht nicht näher dargelegt zu werden, welche gefährliche internationale Situation sich damit ergeben könnte. Ungarn hat die jugoslawischen Beschuldigungen stets mit Nachdruck zurückgewiesen, und es wird bei dem stark entwickelten Nationalgefühl des ungarischen Volkes sich mit einer etwaigen internationalen Untersuchung der behaupteten angeblichen Vorgänge innerhalb seines Hoheitsgebietes nicht einverstanden erklären können. Parallelen zum österreichischen Ultimatum an Serbien vom Jahre 1914 tauchen unwillkürlich auf. Die Lage wird dadurch noch gefährlicher, daß ein Beschluß der Kleinen Entente und der Balkanmächte vom Tage der Beisetzung des ermordeten Königs Alexander ebenfalls die Forderung nach internationalen Maßnahmen erhebt. Man wird annehmen müssen, daß Gömbös in Rom von Italien die Zusicherung einer Verhinderung von Völkerbundsbeschlüssen in dieser Angelegenheit zu erwirken versuchen wird.

Auch wenn aber in dieser besonderen Frage in Rom eine Verständigung zustandekommen sollte, die einen bedenklichen Konfliktstoff beiseite schiebt, bleibt die weitergreifende und grundsätzliche des Verhältnisses Ungarns zu den Staaten der Kleinen Entente und des Balkanpaktes noch offen. Es wird entscheidend bestimmt durch den Revisionsanspruch, den Budapest nie aufgegeben hat, den es stets mit bemerkenswerter Aktivität vertrat, der eben erst noch wieder in einer Rede des früheren ungarischen Ministerpräsidenten Graf Bethlen erhoben wurde und für den Ungarn sich bisher auf die ausdrückliche Billigung Mussolinis stützen konnte. Die Haltung des Duce in dieser Frage ist neuerdings freilich undurchsichtig geworden. In einer seiner jüngsten Reden hat er Aeußerungen getan, die im Sinne einer Ablehnung aktueller Revisionspolitik gedeutet werden konnten, und wie sehr er selbst diese Ausdeutungsmöglichkeit empfand, zeigt der Umstand, daß er unmittelbar danach ein Telegramm an Gömbös richtete, das in Budapest wieder als revisionsfeindlich im alten Sinne der Mussolinischen Politik aufgefaßt wurde. Allerdings ist die Angelegenheit dadurch nicht klarer geworden. Nachdem nun soeben die Konferenz der Balkanpaktstaaten in Ankara diesen Südostblock als grundsätzlich revisionsfeindlich enthüllt hat, wird Gömbös zweifellos das Bedürfnis verspüren, in Rom eine eindeutige Klärung der italienischen Haltung zu der für Ungarn lebenswichtigen Revisionsforderung zu erlangen.

•

Die Verhandlungen Gömbös' in Rom

Budapest, 7. Nov. Die Berichte der zahlreich nach Rom entsandten Sonderberichterstatter der ungarischen Presse sind einheitlich auf den Ton abgestellt, daß als Ergebnis der Besprechungen des Ministerpräsidenten Gömbös mit Mussolini die **ungarisch-italienische Freundschaft unverändert fortbestehe.** Es sei zugesichert worden, daß im Falle einer italienisch-französischen Verständigung eine Regelung der Donaufrage nur mit Teilnahme Ungarns und Oesterreichs erfolge. Die Romreise des Ministerpräsidenten Gömbös wird von den Regierungsblättern als ein uneingeschränkter Erfolg bezeichnet. Italien werde auch im Falle einer italienisch-französischen Annäherung Ungarn niemals im Stich lassen. In den Verhandlungen zwischen Italien und Frankreich befinde man sich jetzt erst im Abschnitt der Festlegung der Verhandlungsthemen. Die italienische Regierung werde sich aber in keinem Falle die Hände binden lassen. Nach dem Bericht des nationalen „Uj Magyarsag" aus Rom sollen die italienisch-französischen Verhandlungen bis nach der Saarabstimmung hinausgeschoben werden, da in der Saarfrage zwischen der italienischen und französischen Auffassung weitgehende Gegensätze beständen. Die italienische Regierung trete für den deutschen Standpunkt in der Saarfrage ein.

Aus Stadt und Land

Altensteig, den 8. November 1934.

Amtliches. Versetzt wurde der beim Oberamt Calw planmäßige Verwaltungsassistent Schmitt beim Straßen- und Wasserbauamt Oberndorf auf eine Verwaltungsassistentenstelle im Geschäftskreis des Techn. Landesamts.

Die NS.-Hago gegen unberechtigte Preissteigerungen. Gestern abend fand im „Trauben"-Saal eine Versammlung der NS.-Hago, Ortsgr. Altensteig, statt, um gegen unberechtigte Preissteigerungen Stellung zu nehmen. Der Ortsgruppenamtsleiter der NS.-Hago, Kaufmann Heinrich Henßler, sprach zunächst über den Aufbau der Reichsbetriebsgemeinschaften 17 und 18, um alsdann auf den Hauptgegenstand des Abends einzugehen. Er hob hervor, wie unverantwortliche Menschen durch Verbreitung allerlei Gerüchte Warenhamsterei und unberechtigte Preissteigerungen verursachen. Er betonte, daß absolut keine Ursache bestehe, sich über das notwendige mit Lebensmitteln oder Kleidungsstücken einzudecken und daß es eine Versündigung an unserem Volke und Vaterlande sei, Waren zu hamstern, oder unberechtigte Preissteigerungen vorzunehmen. Gegen Volksschädlinge dieser Art würde nun unnachsichtlich vorgegangen. In einer Aussprache mit den anwesenden Kaufleuten und Handwerksmeistern wurde Grund darüber gemacht, inwieweit Preissteigerungen zu verzeichnen sind. Es konnte festgestellt werden, daß die hiesigen Kaufleute sich ihrer Verantwortung bewußt sind und daß, wenn sie in einzelnen Artikeln die Preise erhöhen mußten, dies nur eine notwendige Folge der Erhöhung der Einkaufspreise war. Ob die da und dort vorgekommene Preissteigerung seitens der Grossisten und Fabrikanten begründet ist, wird eingehend untersucht. Aus den Berichten unserer Handwerksmeister ging hervor, daß sie trotz mannigfacher Steigerungen der Rohprodukte ihre Preise nicht, oder nur in einzelnen Artikeln, wo es der Einkauf gebieterisch verlangte, erhöht haben. Es ging aus der Aussprache aber auch hervor, wie eine gewisse Angstpsychose durch unverantwortliche Reisende und Hausierer erzeugt wird, wodurch manche Leute zu Angstkäufen veranlaßt werden, für die kein Grund besteht. Nachdem noch eine sehr anregende Aussprache über die Einbringung von Außenständen und Schutz gegen böswillige Nichtzahler besprochen war, konnte der Vorsitzende die Versammlung schließen, nicht ohne nochmals daran zu erinnern, alles aufzubieten, um gemeinsam gegen das Uebel der Preissteigerei und Warenhamsterei vorzugehen.

Halbmast am 9. November. Nachdem der frühere württembergische Gefallenengedenktag durch Reichsgesetz aufgehoben und durch den Volkstrauertag am 5. Sonntag vor Ostern ersetzt worden ist, werden diesmal am letzten November-Sonntag keine öffentlichen Gedenkfeiern stattfinden. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß die Aufforderung des Stellvertreters des Führers, am 9. Nov.,

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

dem Reichstrauertag der NSDAP., halbmast zu flaggen, in Württemberg auch von den Behörden zu befolgen ist.

Lehrlingsausbildung im Putzmacherhandwerk. Die Handwerkskammer Reutlingen macht darauf aufmerksam, daß die Innungen des Putzmacherhandwerks ersucht worden sind, die Ausbildung von Lehrlingen in diesem Handwerkszweig nach Möglichkeit zu fördern, d. h. an eine verstärkte Nachwuchsheranbildung heranzugehen. Nach Mitteilung des Reichsverbandes des deutschen Putzmacherhandwerks, Berlin, hat sich bereits ein fühlbarer Mangel an gelernten Facharbeiterinnen bemerkbar gemacht. Die Kammer wird sich dieserhalb auch mit den Berufsberatungsstellen bei den Arbeitsämtern in Verbindung setzen.

Nagold, 7. November. (Ringtagung des BdM.) Aus allen Standorten des Rings Nagold trafen sich am Sonntag die BdM.- und JM.-Führerinnen im HJ.-Heim zur Ringtagung, die von unserem Rösle Baumann, der derzeitigen Sonderbeauftragten des Obergaues, geleitet wurde. Eine kleine Morgenfeier bildete den Auftakt der Tagung. Pg. Weiß von der Gauführerschule Rötenbach hielt einen wertvollen Vortrag über deutsche Vorgeschichten und die nachfolgenden Zeitepochen, über die letzte Rede des großen Bauernführers Florian Geyer, die ebensogut in unserem Jahrhundert hätte gesprochen werden können. Nach einer Mittagspause war allgemeine Aussprache, hauptsächlich über Heimbeschaffung; dabei wurde festgestellt, daß der BdM. aus jedem „Loch" ein gemütliches Heim machen kann! Der gute Wille ist da, nur die Räume fehlen noch. Der Nachmittag stand unter dem Motto: „Laßt uns singen, fröhlich sein!" Gegen 5 Uhr beschloß eine Weihestunde, die den Toten vom 9. November gewidmet war, den Hauptteil der Tagung. Für die Geldverwalterinnen war noch eine Besprechung mit Trudel Möller, Obergaugeldverwalterin, angesetzt.

Ostelsheim, bei Calw, 7. November. Gestern vormittag 11 Uhr kam ein schwerer Personenkraftwagen aus Berlin auf der schlüpfrigen Hauptstraße ins Schleudern und wurde gegen einen Baum geworfen. Kühler, Lampe und die eine Seitenwand wurde schwer beschädigt. Einer der Insassen wurde am Fuß verletzt. Mit einer „Pferdekraft" wurde der Wagen zur Bahn nach Schaafhausen gebracht, um auf dem Güterwege abbefördert zu werden. An der Unfallstelle wurde vor kurzer Zeit ein Junge tödlich überfahren.

Höfen a. Enz, 6. November. (Besitzwechsel.) Metzgermeister Gottlieb Jauch verkaufte aus Altersrücksichten gestern sein Wohnhaus samt Schlächterei, an der Hindenburgstraße gelegen, um den Preis von 18 000 Mark an Metzgermeister Georg Volz von Beinberg. Der neue Besitzer wird am 1. Januar das Geschäft neu eröffnen.

Ergenzingen, 7. November. (Rücksichtsloser Motorradfahrer.) Der 66jährige verheiratete August Bader, war vorgestern abend mit einer Milchkanne unterwegs zur Milchsammelstelle. In der Seebronner Straße überholte ihn ein von Seebronn kommender Motorradfahrer, der ohne Licht fuhr. Obwohl Bader scharf auf der rechten Straßenseite ging, fuhr der Motorradfahrer ihn an und warf ihn heftig auf die Straße. Der Kraftfahrzeugführer ließ den schwerverletzten Mann in hilflosem Zustand auf der Straße liegen und entkam unerkannt.

Erlenbach, OA. Neckarsulm, 7. Nov. (13 Brautpaare.) Am Sonntag hatte die Kirchengemeinde einen seltenen Rekord zu verzeichnen. Nicht weniger als 13 Brautpaare wurden von der Kanzel ausgerufen.

Urach, 7. Nov. (Die alten Fleischpreise.) Den zuständigen Stellen der Partei und der Stadtverwaltung ist es in einer Aussprache mit dem Vertreter der Metzgerinnung gelungen, zu erreichen, daß auch in Urach wieder die alten Fleischpreisverhältnisse hergestellt werden.

Schwäbisch Gmünd, 7. Nov. (Der Brand auf dem Lindenhof.) Der Gebäudeschaden wird auf 17—18 000 RM. geschätzt. An Vorräten wurden vernichtet rund 1000 Zentner Stroh, 700 Zentner Heu und Oehmd, 1000 Zentner ungedroschener Haber und 80 Zentner ungedroschener Weizen. Auch eine Dreschmaschine, Obstmühle und Wagen fielen dem Brand zum Opfer.

Wellendingen, OA. Rottweil, 7. Nov. (Tödlicher Sturz.) Am Montag mittag wollte der Landwirt August Hermann mit seinem 14jährigen Enkelkind Stroh abladen. Bei dieser Arbeit fiel Hermann durch zwei verschobene Bretter rücklings von der Obertenne auf den Heustock. Er brach bei diesem Sturz das Genick und verstarb nach wenigen Minuten.

Ulm, 7. Nov. (Mädchen-Ueberfall.) Am Abend des 13. Oktober d. Js. überfiel ein verheirateter Mann aus Göppingen ein auf dem Nachhauseweg befindliches Dienstmädchen und versuchte es vor dem Eingang des Hauses seines Arbeitgebers zu vergewaltigen. Vor der Großen Strafkammer des Landgerichts suchte der Täter sein Tun mit übermäßigem Alkoholgenuß zu entschuldigen. Er wurde zu der Gefängnisstrafe von 5½ Monaten verurteilt.

Bisingen in Hohenz., 7. Nov. (Erstickt.) In der letzten Woche wurde das 5jährige Söhnchen des Josef Mayer von einem Auto überfahren, kam aber mit einem Loch im Kopf davon. Dasselbe Kind ist nun am Montag abend an einem Stückchen Fleisch erstickt.

Die Notwendigkeit von Siedler-Beratungsstellen

Stuttgart, 7. Nov. Von der Landesstelle Württemberg des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda wird geschrieben: Siedlerberatung ist ebenso wichtig wie die Berufsberatung. Die Seßhaftmachung deutscher Familien auf dem heimatlichen Boden ist eine folgenschwere Handlung, die gründliche Vorbereitung und bei den Siedlern vor allem Selbstprüfung erfordert. Der planmäßige Auf- und Ausbau von Beratungsstellen im ganzen Reich und ihre Versorgung mit Beratungshilfen in Form von Merkblättern und Druckschriften, ist daher zu einer wichtigen Aufgabe des Reichsheimstättenamtes der NSDAP. und der DAF. mit allen Untergliederungen in den Gauen und Kreisen geworden. In Zukunft wird es in den Gauen und Kreisen und Gemeinden nur eine zuständige Stelle für die Siedlerberatung geben, für Württemberg-Hohenzollern das Heimstättenamt Ludwigsburg, Schloß. Jeder, der zur Siedlung strebt, soll Gelegenheit bekommen, durch Kenntnisnahme der Voraussetzung und Bedingung für die Erlangung einer Siedlerstelle selbst zu prüfen, ob er geeignet ist, eine Siedlerstelle zu bewirtschaften.

Jedem Siedlungswilligen ist dringend zu empfehlen, zunächst bei den zuständigen parteiamtlichen Stellen oder bei der Organisation, der er angehört, Rat zu suchen, bevor er durch Grundstückskäufe Planungen oder gar Inangriffnahme von Siedlungsbauten vor gründlicher Klärung aller Fragen Entscheidungen trifft, die er später vielleicht bereut.

Ministerpräsident Mergenthaler 50 Jahre alt

Stuttgart, 7. Nov. Der württembergische Ministerpräsident und Kultminister Professor Christian Mergenthaler vollendet am Donnerstag, 8. November, das 50. Lebensjahr. Er ist am 8. November 1884 in Waiblingen geboren. Er besuchte dort die Realschule und hierauf die Oberrealschule in Cannstatt, wo er im Jahre 1902 die Reifeprüfung bestand. In den folgenden Jahren studierte er Physik und Mathematik an der Technischen Hochschule in Stuttgart und an den Universitäten Tübingen und Göttingen. Im höheren Schuldienst war er tätig als Oberreallehrer in Leonberg und Stuttgart, als Professor in Hall und seit 1929 am Gymnasium und Realgymnasium in Bad Cannstatt. Von 1914 bis 1918 war er im Feld als Oberleutnant der Reserve und Batterieführer im Fußartillerieregiment 13 und im Reserve-Fußartillerieregiment 24. Ministerpräsident Mergenthaler zählt zu den ältesten Vorkämpfern der nationalsozialistischen Bewegung in Württemberg. Bereits 1923 leitete er die Ortsgruppe Schwäb. Hall der NSDAP. Seit Mai 1924 gehörte er dem Württ. Landtag an. Er war der älteste und mehrere Jahre auch der einzige Vertreter seiner Partei im Landtag. Am 10. Mai 1932 wurde er zum Landtagspräsidenten gewählt, nach dem Sieg der Bewegung am 5. März 1933 zunächst als Kultminister und Justizminister ins Kabinett Murr und nach dem Erlaß des Reichsstatthaltergesetzes am 11. Mai 1933 als Ministerpräsident und Kultminister in die württembergische Regierung berufen. Ministerpräsident Mergenthaler darf versichert sein, daß das ganze schwäbische Volk an seinem Ehrentage lebhaften und freudig bewegten Anteil nimmt.

Die schwäbischen Schillerfeiern

Stuttgart, 7. Nov. Der erste feierliche Akt am Geburtstag des großen Nationaldichters Friedrich von Schiller wird aus Marbach, dem Geburtsort des Schwabensohnes, durch Rundfunk übertragen. Zugleich gilt dieser Festakt der Einweihung, die mit dem Erweiterungsbau des Museums verbunden ist.

Am Samstag abend huldigt der Schwäbische Sängerbund am Stuttgarter Schiller-Denkmal dem volkstümlichsten deutschen Klassiker.

Am 10. November findet das „Schillerjahr des deutschen Rundfunks" nun seinen Abschluß in der großen feierlichen Huldigung des Reichssenders Stuttgart. Die große Schillerfeier am 10. November im Festsaal der Stuttgarter Liederhalle wird um 20.15 Uhr über alle deutschen Sender gehen, mit einer Reihe von Darbietungen, die der Stuttgarter Intendant als „künstlerischen Frontangriff" bezeichnet. Klar, daß die für die Sendung ausgewählten Gipfelpunkte aus Schillers dichterischem Werk von besten Interpreten vermittelt werden. Das zeigen Namen wie Paul Hartmann, Lothar Müthel, Julius Patzak, Fr. Kayßler u.a.m. Die lebenden Dichter Kurt Heynicke und Hans Heinrich Ehrler steuerten Vorspruch und Huldigung bei. Im übrigen bilden 156 Mann im Orchester, ein Chor von 500 Sängern, eine Sprechschar von 200 Köpfen und ein Singchor von 100 ausgewählten Knabenstimmen den großen Körper der Mitwirkenden. Die Sendefolge bringt in organischer Geschlossenheit und in fugischem Aufbau erlesene Stücke aus Schillers Gesamtwerk. Von seinen Gedichten kommen u. a. zum Gehör — teils in Vertonung, teils als Rezitation — das „Lied an die Freude", „Der Pilgrim", „An die Hoffnung", „Die Worte des Glaubens", „Die Worte des Wahns", „Die Teilung der Erde", „Die Macht des Gesanges", „Morgenlied", „An den Frühling", „Reiterlied" aus Wallensteins Lager (Männerchor), endlich „Widmung" und die funkisch gestaltete „Rütli-Szene" aus dem „Tell".

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Das Sparkassenbuch im gespendeten Anzug. Bei einer Sammelstelle für das Winterhilfswerk in Hof wurde unter anderen Kleidungsstücken auch ein Anzug abgegeben, in dem sich bei der Durchsicht ein Sparkassenbuch mit einem Guthaben in Höhe von 2300 RM. vorfand. Als das Sparkassenbuch seinem Eigentümer, dem Spender des Anzugs, wieder zurückgegeben wurde, stiftete dieser noch eine ansehnliche Summe als Belohnung für das Winterhilfswerk.

Eine Kindertragödie in Straßburg. Anstatt in die Schule zu gehen, vergnügten sich die achteinhalbjährigen Zwillinge Bernhard und Genoveva Hilbold in Sufflweyersheim mit einem gefundenen toten Feldhasen, den sie an eine Schnur banden und im nahen Kanal schwimmen ließen. Dabei stürzten beide Kinder ins Wasser und ertranken, ehe jemand Hilfe leisten konnte. Erst als abends das Verschwinden der Kinder bemerkt wurde, suchte man den Kanal ab und fand nach langen Bemühungen die Leichen der beiden unglücklichen Zwillinge.

Bekanntmachungen der NSDAP.

Standortbefehl

Zur Totengedenkfeier am 9. November 1934 im „Grünen Baum"-Saal treten sämtliche SA.-Einheiten des Standorts geschlossen an.

Der Standortführer der SA.: Ruppert.

Deutsche Angestelltenschaft, Ortsgruppe Altensteig

Die Eröffnungsfeier der Winterbildungsarbeit findet am kommenden Samstag, den 10. November 1934, abends punkt 8 Uhr im Gasthof zur „Traube" statt. Es spricht Berufskam. Seidel, Reutlingen über „Berufserziehung und Berufsleistung — Dienst an der Nation". Die Feier wird umrahmt von Liedern, Musik, Humor und theatr. Aufführungen. Die Mitglieder sind zum Besuch dieser Eröffnungsfeier verpflichtet.

Ortsgruppenwart.

Aus parteiamtlichen Bekanntmachungen

Kreis Freudenstadt

Besprechung sämtlicher Schulungsreferenten der NSDAP. und ihrer Gliederungen. Am Donnerstag, 8. Nov., abends 8.30 Uhr, findet im großen Sitzungssaal des Rathauses eine Besprechung sämtlicher Schulungsreferenten der NSDAP. einschließlich ihrer politischen Gliederungen, SA., SS., HJ. und Arbeitsdienst, statt. Die Führer der verschiedenen Gliederungen sind dazu eingeladen. Ich weise besonders darauf hin, daß an dieser Besprechung nicht nur die Schulungsreferenten von Freudenstadt, sondern des ganzen Kreises teilnehmen.

Der Kreisleiter.

Sprechstunden des Kreisleiters. Da am kommenden Samstag/Sonntag der Kreisparteitag der NSDAP. in Freudenstadt stattfindet, fällt meine Sprechstunde am Samstag aus. — Sämtliche Anliegen wollen in den Sprechstunden heute und morgen Freitag vorgetragen werden. **Der Kreisleiter.**

Deutsche Arbeitsfront, Kreis Neuenbürg

Rechtsberatung für Arbeitnehmer. Die Sprechstunde ist diese Woche am Freitag, den 9. Nov., in Neuenbürg in den Geschäftsräumen der DAF., Turnstraße 37, von 10—12 Uhr vormittags, in Herrenalb von 14—15 Uhr nachmittags im Rathaus, und in Wildbad von 16.30—17.30 Uhr nachmittags im Rathaus (Trauzimmer). **Kreiswalter der NSBO. und DAF.**

Hitler-Jugend, Unterbann I/126

Zu einem am 21. d. M. beginnenden vierwöchigen Führerkursus können noch einige Teilnehmer gemeldet werden. Kosten entstehen keine. Freiwillige Meldungen müssen sofort an den Unterbann gemacht werden. **Unterbannführer I/126.**

Aus Baden

Pforzheim, 7. November. (Erfreulicher Geschäftsgang.) Der Bericht, den die Badische Industrie- und Handelskammer über den Monat Oktober soeben bekannt gibt, konstatiert, daß auch in der Pforzheimer Industrie eine wesentliche Besserung eingetreten ist. Der Bericht meldet: Als besonders erfreulich ist festzustellen, daß die Lage in der badischen Edelmetall- und Schmuckwarenindustrie im Berichtsmonat als zufriedenstellend angesehen werden kann. Der Auftragseingang ist allerdings zurückgegangen, was jedoch darauf zurückzuführen ist, daß die vorangegangenen Monate erheblich größere Bestellungen gebracht haben als im Vorjahr. Zum Teil wird berichtet, daß die Nachfrage nach geringeren Qualitäten, im Verhältnis zu den besseren, zugenommen hat. Die Belebung beschränkt sich allerdings auf den Inlandsmarkt. Der Export ist erschwert.

Gernsbach, 5. November. (Wirtschaftsbelebung.) Die Arbeitslosigkeit ist stark zurückgegangen. Die großen Papierfabriken und Sägewerke vermögen der Aufträge kaum Herr zu werden. Eine besonders auffallende Belebung hat das Baugewerbe erfahren. Für die Instandsetzung der Gebäude werden Hunderttausende aufgewendet und zahlreiche Neubauten konnten auf und ab im Tal unter Dach gebracht werden. An erster Stelle stehen die Fabrikerweiterungsbauten der Firma Schoeller u. Hoesch, für die gegen eine halbe Million Mark aufgewendet werden sollen. Auch die Gernsbacher Festhalle, die 1200 Menschen fassen wird, geht ihrer Vollendung entgegen. In Langenbrand wird mit einem Aufwand von 120 000 Mark eine neue Kirche erbaut, und auf der Roten Lache ist ein neuer Hotelbau im Werden.

Vom Feldberg, 5. November. Der Feldberg, der die höchsten Tennisplätze und das höchste Reisebüro in Deutschland hat, wird nun auch die höchstgelegene Eisbahn in Deutschland bekommen. Der „Feldberger Hof" will einen Eisplatz schaffen, der für den Eiskunstlauf gedacht ist und eine Fläche von etwa 1200 Geviertmetern umfassen dürfte. Der Eisplatz kommt in unmittelbare Nähe des Hotels.

Oeschelbronn, 7. November. (Ein Musterdorf.) Weit über Deutschlands Grenzen hinaus ging in den ersten Septembertagen des Jahres 1933 die Kunde von der großen Brand-Katastrophe in dem badischen Dorf Oeschelbronn bei Pforzheim. In wenigen Stunden fielen über 200 Gebäude der rasenden Feuersbrunst zum Opfer. Die arbeitsame Bevölkerung wurde in namenloses Elend gestürzt. Noch in der Schreckensnacht rief der badische Gauleiter Reichsstatthalter Wagner das deutsche Volk zur Hilfeleistung auf, und die vom Führer neu geschmiedete Volksgemeinschaft legte durch ihre Opfer für Oeschelbronn ihr erstes großes Bekenntnis ab. Schon jetzt — nach Jahresfrist — ist der riesige Brandplatz wieder bebaut. Der Nationalsozialismus hat ein Werk vollbracht, das in jeder Hinsicht Oeschelbronn ein Musterdorf des Dritten Reiches bezeichnen läßt. Am kommenden Samstag, 10. November, wird das Aufbaudorf Oeschelbronn in Anwesenheit der gesamten badischen Regierung und zahlreicher Gäste feierlich eingeweiht werden. Bei der Feier werden Reichsstatthalter Robert Wagner, Karlsruhe, und Staatssekretär Feder, Berlin, Ansprachen halten.

Gerichtssaal

Freudenstadt, 7. November. (15 ℳ Geldstrafe wegen Motorradlärm.) Zwei Bestimmungen der Kraftfahrzeugverordnung bezw. des Kraftfahrzeuggesetzes verlangen vom Kraftfahrzeugführer, daß er erstens sein Fahrzeug in dem Zustand halten und zweitens so handhaben und führen muß, daß durch die Inbetriebnahme keinerlei Belästigungen von Personen, auch nicht durch zu lautes Geräusch wie Knallen usw. entstehen. Weil er nach Feststellung eines Zeugen diesen Bestimmungen zuwiderhandelte, wurde ein lediger Mechaniker des Bezirks Freudenstadt vom Oberamt mit einer Strafe von 10 ℳ belegt. Gegen diese Strafverfügung legte der Betreffende Beschwerde beim Amtsgericht Freudenstadt ein, mit dem Erfolg, daß er gestern

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

zu 15 M Geldstrafe und zur Tragung der Gerichtskosten verurteilt wurde.

Gewerbsmäßige Abtreibung und Falscheid

Im ersten Falle der Karlsruher Schwurgerichtssitzung, die am Montag begonnen hat, wurde in nichtöffentlicher Sitzung gegen die 42jährige verwitwete Maria Fröhlich geb. Winter aus Birkenfeld verhandelt, die wegen gewerbsmäßiger Abtreibung angeklagt war. Es handelt sich um 11 vollendete und 3 versuchte Handlungen, die von 1931 bis 1934 begangen wurden. Der Strafantrag des Staatsanwalts lautete auf drei Jahre Zuchthaus. Das Schwurgericht sprach gegen die Angeklagte Fröhlich wegen gewerbsmäßiger Abtreibung eine Gefängnisstrafe von 3 Jahren und 3 Jahre Ehrverlust aus. — Am Nachmittag war die 42 Jahre alte geschiedene Lina B. Pforzheim wegen Meineids angeklagt. Ihr wurde zur Last gelegt, sie habe bei Leistung des Offenbarungseides vor dem Amtsgericht Pforzheim ein Vermögensverzeichnis beschworen, in dem verschiedene Grundstücke und Forderungen nicht angeführt waren. Der Staatsanwalt beantragte wegen vorsätzlichen Meineids ein Jahr Zuchthaus. Das Gericht nahm jedoch fahrlässigen Falscheid als erwiesen an und sprach eine Gefängnisstrafe von 8 Monaten aus. Fünf Monate Untersuchungshaft wurden angerechnet. Die Angeklagte wurde auf freien Fuß gesetzt.

Kindstötung

Ravensburg, 7. Nov. Das Schwurgericht verurteilte die ledige 24 Jahre alte Maria Fohl von Sandacker, Gemeinde Homberg, Amt Ueberlingen, wegen eines Verbrechens der Kindstötung zu zwei Jahren und einem Monat Gefängnis. Sie hatte am 17. August 1934 ihr neugeborenes Kind gleich nach der Geburt dadurch getötet, daß sie dem schreienden Kind mit dem beschuhten Fuß auf den Hals trat und als das Kind dann noch geschrien hatte, mit dem Absatz ihres Schuhs einige Tritte an die Schläfen verletzte. Die Kindsleiche hat die entmenschte Mutter dann unter Reisigbüscheln versteckt.

Vor dem Schwurgericht hatte sich die 48 Jahre alte Anna Matthiesen geb. Diem aus Weingarten wegen gewerbsmäßiger Abtreibung zu verantworten. Das Urteil lautete wegen eines Vergehens der einfachen Abtreibung auf ein Jahr sechs Monate Gefängnis.

Schulz abermals zum Tode verurteilt

Schweidnitz, 7. Nov. Das Schweidnitzer Schwurgericht verurteilte am Mittwoch den früheren kommunistischen Landtagsabgeordneten Schulz aus Waldenburg-Dittersbach wegen Ermordung seines Sohnes Horst wiederum zum Tode und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit.

Die Worte des Glaubens

Von Friedrich Schiller

Drei Worte nenn' ich euch, inhaltschwer,
Sie gehen von Munde zu Munde,
Doch stammen sie nicht von außen her;
Das Herz nur gibt davon Kunde.
Dem Menschen ist aller Wert geraubt
Wenn er nicht an die drei Worte glaubt.

Der Mensch ist frei geschaffen ist frei,
Und würd er in Ketten geboren,
Laßt euch nicht irren des Pöbels Geschrei,
Nicht den Mißbrauch rasender Thoren!
Vor dem Sklaven, wenn er die Kette bricht,
Vor dem freien Menschen erzittert nicht!

Und die Tugend ist kein leerer Schall,
Der Mensch kann sie üben im Leben,
Und sollt er auch straucheln überall,
Er kann nach der göttlichen Streben,
Und was kein Verstand der Verständigen sieht,
Das übet in Einfalt ein göttlich Gemüt.

Und ein Geist ist, ein heiliger Wille lebt,
Wie auch der menschliche wanke;
Hoch über der Zeit und dem Raume webt
Lebendig der höchste Gedanke,
Und ob alles im ewigen Wechsel kreist,
Es beharret im Wechsel ein ruhiger Geist.

Die drei Worte bewahret euch inhaltschwer,
Die pflanzet von Munde zu Munde,
Und stammen sie gleich nicht von außen her,
Euer Inneres gibt davon Kunde.
Dem Menschen ist nimmer sein Wert geraubt,
So lang er noch an die drei Worte glaubt.

Fldg.

Handel und Verkehr

Freiburger Schlachtviehmarkt vom 6. Nov. Auftrieb: 142 Rinder, 147 Kälber, 38 Schafe, 421 Schweine. Preise: Ochsen 24 bis 38, Bullen 22—37, Kühe 12—23, Rinder 30—40, Kälber 36—39, Schweine 48—50, Schafe 34—40 Pfg.

Pforzheimer Schlachtviehmarkt vom 6. Nov. Auftrieb: 126 Rinder, 170 Kälber, 395 Schweine. Preise: Ochsen 29—38, Bullen 30—35, Kühe 13—22, Rinder 28—38, Kälber 35—45, Schweine 50—53, Sauen 47—48 Pfg.

Versteigerungen

Pfalzgrafenweiler, 7. November. (Wald- und Grundstücksversteigerung.) In der Nachlaßsache des alt Wilhelm Strobel, Privatiers in Lützenhardtermühle, kommen die Grundstücke Markung Vesperweiler, PNr. 224/1: 1 ha 24 a 37 qm Nadelwald, Lunkholz; PNr. 224/2, 224/3, 224/5: 1 ha 18 a 11 qm Nadelwald und Weg im Lunkholz; PNr. 224/4: 73 a 18 qm Nadelwald, Lunkholz; PNr. 89: 1 ha 06 a 06 qm Nadelwald im Tannwald; PNr. 91: 1 ha 04 a 90 qm desgl.; PNr. 93/3: 55 a 62 qm Nadelwald und Weg im Tannwald; PNr. 222/1: 73 a 84 qm Acker und Weg, Lunkholz; PNr. 222/4: 64 a 68 qm desgl. — Mark. Salzstetten, PNr. 3409/1: 89 a 49 qm Wald in der Glatt; PNr. 3504: 38 a 80 qm Wald im Bahnwald; PNr. 3409/2: 89 a 49 qm Wald in der Glatt; PNr. 3453: 8 a 17 qm Wald in Reutäckern, am Montag, den 19. November 1934, nachmittags 2 Uhr, auf dem Rathaus in Cresbach im 1. Termin an den Meistbietenden zur öffentlichen Versteigerung. Unbekannte Liebhaber haben Vermögenszeugnisse vorzulegen.

Konkurse

Hermann Schad, Architekt in Stuttgart-N., Hospitalstr. 32 unter Ablehnung eines Vergleichsverfahrens.

Letzte Nachrichten

Südslavischer Schritt in Wien?

Wien, 8. November. In Wiener politischen Kreisen war am Mittwoch das Gerücht verbreitet, daß der südslavische Gesandte im Auftrage seiner Regierung einen Schritt bei der Bundesregierung unternommen habe, um gegen die Tätigkeit kroatischer Emigranten in Oesterreich zu protestieren. Hierbei hätte der Gesandte besonders auf die Verhaftung zweier kroatischer Emigranten in Kärnten hingewiesen und um beschleunigte Verurteilung der beiden ersucht. — Eine amtliche Bestätigung dieser Meldung steht noch aus.

Der Sieg der Demokraten in den Vereinigten Staaten

Newyork, 8. November. Nach den am Mittwoch um 18 Uhr ostamerikanischer Zeit vorliegenden Wahlergebnissen wurden in das Repräsentantenhaus gewählt: 301 Demokraten, 93 Republikaner, 7 Fortschrittler, 2 Landarbeiter-Abgeordnete. 32 Ergebnisse stehen noch aus. — Im Staate New Jersey wurde ein Republikaner zum Staatsgouverneur gewählt.

Wetter für Freitag

Die Wetterlage wird immer noch von Tiefdruck beeinflußt, so daß für Freitag zwar zeitweilig aufheiterndes, aber unbeständiges Wetter zu erwarten ist.

Toten-Gedenkstunde

zum 9. November.

Wir laden die Einwohnerschaft zur Weihestunde auf Freitag abend 1/2 9 Uhr in den „Grünen Baum-Saal" ein.

Kein Ausschank. Stuhlreihe.

NSDAP. Ortsgruppe Altensteig.

In den Stunden der Erholung

ein gutes Buch

Eine große Auswahl guter Bücher finden Sie in der

Buchhandlung Lauk, Altensteig.

Frisch eingetroffen:
Cablaufilet
Goldbarschfilet
Schellfisch o. Kopf
Bücklinge, geräuchert
bei **Chr. Burghard jr.**

Fahre am Montag zum
Haslacher Jahrmarkt
Abfahrt 1/4 4 Uhr in Neuweiler über Simmersfeld—Altensteig—Pfalzgrafenweiler.
Harr.

Gaigel- und Tappkarten
empfiehlt die
Buchhandlung Lauk

Suche auf 1. Januar in Jahresstellung ehrliches, fleißiges, selbständiges
Mädchen
für Haus- und Landwirtschaft.
Offerten an die Geschäftsstelle des Blattes erbeten.

Altensteig.
Todes-Anzeige.

Tiefbetrübt teilen wir Verwandten, Freunden und Bekannten mit, daß unsere treubesorgte, liebe Mutter
Christiane Schmid
verw. Adrion
ganz unerwartet schnell infolge eines Schlaganfalls im Alter von 59 Jahren sanft verschieden ist.

Um stille Teilnahme bitten
die trauernden Hinterbliebenen:
Friedrich Adrion mit Frau
Hermann, Eugen und Elsa Adrion
Hans Schmid mit Frau
Paul und Luise Schmid

Beerdigung Freitag nachmittag 2 Uhr auf dem alten Friedhof.

Agenbacher Sägmühle — Agenbach.
Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer
am Samstag, den 10. November 1934
im elterlichen Gasthaus zum „Lamm" in Agenbach stattfindenden Hochzeitsfeier freundlichst einzuladen.

Adam Braun
Säger
Agenbacher Sägmühle

Christine Wurster
(Lamm)
Agenbach

Kirchgang in Agenbach um 12 Uhr.

Egenhausen.
Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die meine liebe Ehegattin
Elisabethe Brenner
während ihrer langen Krankheit erfahren durfte, für die Pflege der Krankenschwester, die trostvollen Worte des Herrn Pfarrers am Grabe, für den Gesang des Mädchenchors durch Herrn Hauptlehrer Wurster und für die zahlreiche Begleitung zur letzten Ruhestätte der Entschlafenen, sagen herzlichen Dank
die trauernden Hinterbliebenen.

Alchelberg.
Danksagung.

Für allen Beistand und Teilnahme während dem langen Kranksein und Hinscheiden unseres lieben Entschlafenen
Johann Georg Wurster
sagen wir unseren innigsten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Trauer-Karten
Trauer-Briefe
liefert rasch und billig die
W. Rieker'sche Buchdruckerei, Altensteig

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw